

5

80

Union in Deutschland

Bonn, den 7. Februar 1980

Wo bleibt die Solidarität?

Der amerikanische Präsident hat nach dem sowjetischen Überfall auf Afghanistan schnell und entschlossen reagiert. Was hat die Bundesregierung bis heute getan? Diese Frage stellt Helmut Kohl, und Franz Josef Strauß warnt zugleich die Regierungen in Bonn und Paris davor, sich von der amerikanischen Politik gegenüber der Sowjetunion absetzen zu wollen.

Wenn die Bundesregierung und die Westeuropäer sich nicht entschließen, gemeinsam mit den Vereinigten Staaten von Amerika zu handeln, dann geht die Rechnung der Sowjetunion auf, die Rechnung, daß der Westen sich einmal mehr mit den geschaffenen Tatsachen abfindet und zur Tagesordnung übergeht — als wäre nichts geschehen, stellt Helmut Kohl fest.

In seiner ersten Erklärung zum neuen Jahr hat der Bundeskanzler seine Besorgnis über die sowjetische Politik in Asien und Afrika zum Ausdruck gebracht und Afghanistan nicht einmal beim Namen genannt. Als Carter handelte, warnte die SPD vor der Gefahr der Überreaktion — nicht bei der Sowjetunion, nein beim Westen. Der Bundeskanzler beeilte sich aufzuzählen, welche Maßnahmen die Bundesregierung nicht mittragen könnte, weil die Voraussetzungen fehlten, weil wir ja z. B.

(Weiter auf Seite 2)

■ WIRTSCHAFT/ SOZIALES

Drei Beispiele kennzeichnen die Unsicherheit und Unentschlossenheit der Bundesregierung Seiten 5 bis 7

■ HEINER GEISSLER:

Die Union hält einen klaren Kurs Seite 7

■ § 218

Bundesregierung kennt die Probleme nicht Seite 8

■ OLYMPISCHE SPIELE

Olympia ist wichtig, aber wichtiger sind Frieden und Freiheit / Flugblattaktion in den Kreisverbänden Seite 11

■ VERBANDSKLAGE

Souveränität der Parlamente darf nicht beeinträchtigt werden Seite 13

■ BERUFSBILDUNGS- BERICHT '80

Heilloses Durcheinander bei SPD und FDP Seite 15

■ DOKUMENTATION

Verteidigungswille ist die Grundlage unserer Sicherheit grüner Teil

■ ÖFFENTLICH- KEITSARBEIT

Gesamtangebot rosa Tell

■ INFORMATION

Die Absage aus Ost-Berlin

Die vorläufige Absage der Begegnung zwischen Bundeskanzler Schmidt und SED-Chef Honecker kommt — nach anderen Absagen aus dem Ostblock — nicht überraschend, stellt MdB Olaf von Wrangel fest. Auch die Wortakrobatik in der Erklärung aus Ost-Berlin vermag kaum zu verdecken, daß sich die Bundesregierung einen Korb geholt hat. Dies ist nun die Quittung für jene verfehlte Strategie der Regierung, die auch nach der Okkupation von Afghanistan immer noch so tat, als könne sie im dissonanten Ost-West-Konzert einen eigenen Part spielen.

Die Bundesregierung sollte zur Kenntnis nehmen, daß der Ostblock nun selber die These von der Teilbarkeit der Entspannung widerlegt hat. Die Tatsache, daß Brandt, Bahr, Stobbe und Wischniewski diese These bis zuletzt favorisiert haben, läßt erneut an der

Fortsetzung von Seite 1

kein Getreide in die Sowjetunion liefern.

Es wäre wichtiger gewesen, der Bundeskanzler hätte bis heute einmal darüber nachgedacht, was wir tun können, um die amerikanischen Maßnahmen zu unterstützen.

Auch die Regierungserklärung des Bundeskanzlers enthielt nur die eine Aussage: Der bisherige Kurs der Bundesregierung gegenüber der Sowjetunion und der DDR müsse fortgesetzt werden. Doch jetzt will auch Herr Honecker nicht mehr mit Helmut Schmidt zusammen-treffen.

Kompetenz dieser Riege realitätsferner Ostexperten zweifeln.

Heiner Geißler in der Türkei

Auf Einladung des Generalsekretärs der Türkischen Gerechtigkeitspartei, Industrieminister Dr. Nuri Bayar, besuchte Generalsekretär Heiner Geißler vom 6. bis 8. Februar die Türkei. Er wurde vom Türkei-Experten der Partei, Staatsminister a. D. Heinz Schwarz und Mitgliedern der Bundesgeschäftsstelle begleitet.

Die Gespräche dienen der Vertiefung der bilateralen Zusammenarbeit zwischen der CDU und der Gerechtigkeitspartei und einer Abstimmung ihrer Tätigkeit in den internationalen Parteiorganisationen. Heiner Geißler konnte sich umfassend über die politische und wirtschaftliche Lage in der Türkei informieren und war besonders interessiert daran, in welcher Form die Bundesrepublik Deutschland vermehrt zur wirtschaftlichen und militärischen Zusammenarbeit mit diesem wichtigen NATO-Partner beitragen kann.

Und welche Haltung nimmt die Bundesregierung gegenüber dem Boykott der Olympischen Spiele in Mokau ein? Keine, denn bis heute hat der Bundeskanzler weder ja noch nein gesagt.

Was will der Bundeskanzler? Darüber hat er auch nichts in den Gesprächen mit der CDU/CSU gesagt.

Gespräche und Erklärungen sind aber kein Ersatz für Politik. Sie täuschen nur Aktionismus vor, wo Entscheidungen und Handeln gefordert wären.

Wo bleibt die vielbeschworene Solidarität der Bundesregierung mit den USA?

Deutsch-türkischer Freundschaftsverein

Mit Unterstützung der Gerechtigkeitspartei (AP) des türkischen Ministerpräsidenten Demirel und der CDU wurde in Bonn ein „Freiheitlich türkisch-deutscher Freundschaftsverein (HÜR TÜRK) e. V.“ gegründet. Hierzu erklärte Albrecht Hasinger, Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Ausländische Arbeitnehmer“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der auch Vorstandsmitglied des neugegründeten Vereins ist, u. a., der Verein habe das Ziel, Angehörige des türkischen und des deutschen Volkes enger zusammenzuführen sowie das gegenseitige Verständnis zu wecken und zu vertiefen. Damit solle dem zunehmenden Links- und Rechtsextremismus unter den türkischen Arbeitnehmern entgegengewirkt werden. Der Verein spreche die große Mehrheit der türkischen Arbeitnehmer, die der politischen Mitte angehören, an.

Preisgestaltung der Ölkonzerne offenlegen

Angesichts des Ausmaßes der Benzinpreissteigerungen erklärte Elmar Pieforth, MdB, Vorsitzender des Bundesausschusses Wirtschaftspolitik der CDU, es dürfe nicht weiterhin mit Geisterzahlen über die Gewinne der Mineralölkonzerne operiert werden. Insbesondere Finanzminister Matthöfer sollte endlich davon ablassen, allgemeines Unbehagen zu artikulieren und lieber statt dessen für eine beispielhafte Offenlegung der Preisgestaltung des von seinem Haus mitgeführten Konzerns VEBA und damit von ARAL sorgen. Und er sollte im Rahmen der EG dafür eintreten, daß auch die europäischen Kollegen bei ihren Staatsfirmen — etwa BP oder AGIP — gleichermaßen handeln. Auch Wirtschaftsminister Graf Lambs-

dorf könnte mehr tun: Er sollte in der Öffentlichkeit klarstellen, daß auf dem Mineralölsektor bereits etwa die Hälfte der Preisgestaltung staatlich beeinflusst ist — Verstaatlichungen oder Vergesellschaftungen also für den Verbraucher nichts bringen würden. Er sollte in der Öffentlichkeit die ihm vorliegenden Erkenntnisse über die Gewinne der Konzerne in Deutschland pro Liter Benzin nach Steuern bekanntgeben.

Ludwig-Erhard-Preise 1980 verliehen

Die Ludwig-Erhard-Preise für Wirtschaftspublizistik 1980 sind in Bonn in Anwesenheit von Bundespräsident Karl Carstens verliehen worden. Preisträger sind Hans Herbert Götz (Wirtschaftskorrespondent der FAZ in Berlin und für die DDR), Michael Jungblut (Leiter des Wirtschaftsressorts „Die Zeit“ — Hamburg) und Prof. Ernst-Joachim Mestmäcker (Direktor am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht — Hamburg).

CDU fordert Regelanfrage

Die CDU-Opposition im Düsseldorfer Landtag will die zu Jahresbeginn abgeschaffte Regelanfrage bei Einstellungsverfahren für den öffentlichen Dienst wieder einführen. In einem parlamentarischen Antrag heißt es, die Bürger hätten einen Verfassungsanspruch auf eine an Gesetz und Recht gebundene Verwaltung.

Bremen: Literaturpreis ein Skandal

Als einen „Skandal höchsten Ausmaßes“ hat der Bremer CDU-Vorsitzende Bernd Neumann die Verleihung des Literatur-Förderpreises an den wegen Mordversuchs an einem Polizeibeamten

zu 15 Jahren Freiheitsstrafe verurteilten Schriftsteller Peter Paul Zahl bezeichnet. Die CDU-Fraktion verlangt, daß sich die Bürgerschaft in ihrer nächsten Sitzung von der Preisvergabe distanzieren. Neumann sagte vor Journalisten, Zahl gehöre zum „Kern der Anarchoszene“, sei ein „geistiger Wegbereiter des Terrorismus“ und sein preisgekrönter Roman „Die Glücklichen“ mit dem Untertitel „ein Schelmenroman“ enthalte Anleitungen zu kriminellen Handlungen. Außerdem lasse das Werk nicht erkennen, daß Zahl von seinen Verbrechen Abstand genommen habe.

Daß Zahl vor einigen Tagen von der Haftanstalt Werl aus nach Bremen geleitet wurde, um den mit 5 000 DM verbundenen Literaturpreis feierlich entgegenzunehmen, hat auch die Gewerkschaft der Polizei in Bremen heftig kritisiert. Es sei zwar eine „offene Frage“, ob die Preisvergabe „ausgerechnet an einen rechtskräftig verurteilten und einsitzenden Straftäter“ im Sinne des „großen und hochverehrten Dichters Rudolf Alexander Schröder“ liege.

Warum so spät?

Zum Verbot der „Wehrsportgruppe Hoffmann“ erklärt der Vorsitzende des innen- und rechtspolitischen Arbeitskreises der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Benno Erhard: Daß die Gruppe extremistischer Militäristen verboten wurde, ist so richtig, daß man sich nur fragt, warum Herr Baum sich dazu nicht eher entschlossen hat. Noch im vergangenen Dezember hatte die CDU-Fraktion im Hessischen Landtag nach Maßnahmen gegen die Hoffmann-Gruppe gefragt. Die Union wird allerdings sehr sorgfältig darauf achten, ob Herr Baum das Rechte immer nur gegen die Rechten tut. Eine immer lautstärkere Kampagne möchte ihm eben das hinsichtlich

der Organisationen nationalistischer Türken in unserem Land nahelegen. Daß diese Kampagne besonders von den kommunistischen FIDEF-Türken geschürt wird, wird von vielen absichtsvoll übersehen. Herr Baum könnte Gelegenheit bekommen, zu beweisen, daß er in der Lage ist, gegen Extremisten von rechts und von links, die sich gegenseitig hochschaukeln, gleichmäßig und ohne Rücksicht auf Querverbindungen zu seiner eigenen politischen Basis vorzugehen.

Sozialpolitik als sozialer Ordnungsfaktor

Aktuelle Fragen der Steuer- und Familienpolitik sowie die durch den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan entstandene krisenhafte außenpolitische Entwicklung standen im Mittelpunkt eines Gesprächs zwischen den führenden Vertretern der Bundesvereinigung Katholischer Männergemeinschaften und Männerwerke und den CDU/CSU-Bundestagsabgeordneten Albrecht Hasinger, Alois Mertes, Adolf Müller, Roswitha Verhülsdonk und Friedrich Voss sowie Mitarbeitern der CDU-Bundesgeschäftsstelle, das unter der Leitung des Bundesvorsitzenden der Bundesvereinigung Katholischer Männergemeinschaften und Männerwerke, Günter Giesen, und des CDU-Bundesgeschäftsführers Ulf Fink im Konrad-Adenauer-Haus stattfand. Die Gesprächspartner betonten übereinstimmend den untrennbaren Zusammenhang zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Gerade in einer Zeit knapper Mittel habe sich die Sozialpolitik als soziale Ordnungspolitik zu bewähren. Übereinstimmend forderten die Gesprächsteilnehmer eine entscheidende Verbesserung der Familienpolitik.

■ WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

Drei Beispiele kennzeichnen die Unsicherheit der Bundesregierung

Unsicherheit und Unentschlossenheit in weiten Bereichen der Wirtschafts- und Sozialpolitik schränken die Handlungsfähigkeit des Bundeskanzlers, seiner Regierung und der Koalition wesentlich ein. Nachfolgend drei Beispiele: Renten, Jahreswirtschaftsbericht, Energiesicherung.

Renten

1978 haben SPD/FDP die bruttolohnbezogene Rente mit dem Versprechen außer Kraft gesetzt, 1982 wieder zur Bruttolohnrente zurückzukehren. Nach der FDP stellen jetzt auch Teile der SPD die bruttolohnbezogene Rente in Frage. Das Hin und Her in der Koalition um die Rückkehr zur Bruttolohnrente um die Rückkehr zur Bruttolohnrente gleicht einem schlechten Politkrimi, dessen Opfer die Rentner sind, stellt Heiner Geißler hierzu fest.

Die CDU hat sich eindeutig für die Bruttolohnrente, damit für die Beibehaltung des 1957 von der Union geschaffenen Reformwerks entschieden.

— Allein die Bruttolohnrente entspricht dem Versicherungscharakter der Rentenversicherung. Rente ist kein Almosen, sondern ein durch eigene Leistung erworbener Anspruch. Die Beiträge zur Rentenversicherung werden vom Bruttolohn erhoben — deshalb haben die Rentner auch einen Anspruch, daß ihre Rente der Bruttolohnentwicklung angepaßt wird.

— Die Bruttolohnrente schafft Verlässlichkeit. Sie ist der einzig klare Maßstab der Rentenfestsetzung und Rentenanpassung. Sie schützt vor Manipulation. Zum Beispiel wäre die Höhe der Rente in Zukunft von der Steuerpolitik der jeweiligen Bundesregierung abhängig. Mit der Nettolohnrente wird der abschüssige Pfad zur Einheitsrente betreten. Dies zeigen die ergänzenden Nivellierungsüberlegungen, die im Zusammenhang mit dem Übergang zur Nettolohnrente von den SPD-Sozialexperten sofort mit in die Diskussion gebracht worden sind.

Die CDU fordert die Wiedereinführung der bruttolohnbezogenen, dynamischen Rente. Der Streit um die Anpassung der Renten an die Brutto- oder Nettolöhne ist für die Union eine entscheidende Frage und kein taktischer Streit. Allein die Bruttolohnrente garantiert den älteren Bürgern die gleichberechtigte Teilhabe am wirtschaftlichen Fortschritt.

Jahreswirtschaftsbericht

Zur Vorlage des Jahreswirtschaftsberichtes erklärt der Vorsitzende des Bundesausschusses Wirtschaftspolitik der CDU, Elmar Pieroth, MdB:

Die Bundesregierung legt einen lückenhaften Bericht vor. Nicht klar genug wird gesagt, welche Hypothek

die leichtsinnige Staatsverschuldung für unser Land darstellt. Die Handlungsfähigkeit zur Bewältigung der Herausforderungen der 80er Jahre ist eingeschränkt. Die Diskussion um die Kürzung der geplanten Steuererleichterung zeigt dies deutlich.

Die Bundesregierung versucht, selbstgeschaffene Probleme — wie den hausgemachten Anteil der Inflation, das Subventionsunwesen, die Bürokratielast und die Energieabhängigkeit — herunterzuspielen oder zu kaschieren.

Die Lösungsvorschläge sind nur zum Teil brauchbar, aktuelle Aufgaben werden einfach übersehen:

① Es wird nicht geklärt, wie trotz des schwächeren Wachstums ein deutlicher Anstieg der Arbeitslosigkeit verhindert werden kann. Das Problem der Rentabilität von mehr Arbeitsplätzen wird nur gestreift.

② Die Kritik des Sachverständigenrates an den vom europäischen Währungssystem herrührenden Inflationsgefahren wird zu wenig ernst genommen.

③ Das Problem möglicher Risiken und Abhängigkeiten im Osthandel wird schlicht ausgespart.

④ Der andauernde Rückgang der Selbständigenzahlen wird nur in einem Nebensatz erwähnt. Das klägliche Scheitern des sogenannten Eigenkapitalhilfeprogramms wird verschwiegen.

⑤ Zur Subventionspolitik gibt es zwar erfreuliche Bekenntnisse. Vergessen wird jedoch, daß gerade in jüngster Zeit der Umgang der problematischen einzelbetrieblichen Forderung und der Branchensubventionierung sprunghaft gestiegen ist.

⑥ Zu dünn ist die Antwort der Bundesregierung auf die Vorschläge des Sachverständigenrates zur Verbesserung der Kapitalbildung. Die Vermögenspoli-

tik wird im krassen Gegensatz zu noch jüngsten Ankündigungen mit keinem Wort erwähnt. Dies beweist, daß sich die Bundesregierung auf diesem Gebiet mit ihrer eigenen Erfolglosigkeit abfindet.

⑦ Unverständlich ist auch, warum nichts zum Verhältnis von Umweltschutz und Wirtschaftswachstum gesagt wird. Gerade auf diesem viele Menschen bewegenden Gebiet bedarf es klarer Aussagen über einen ökologischen Ordnungsrahmen.

Erfreulicher dagegen ist, was zur Verstärkung und zum Kurs der Entwicklungshilfe gefordert wird. Es wird zu prüfen sein, inwieweit es sich hier um mehr als Lippenbekenntnisse handelt.

Energiesicherung

Zu den Kabinettsberatungen zur Energiepolitik erklärt der energiepolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl-Heinz Narjes, MdB:

Die neuen kohlepolitischen Initiativen und die Analyse der Lage durch das Kabinett zeigen, daß sich in der Bundesregierung allmählich ein Umdenkungsprozeß vollzieht. Gleichwohl sind die Fortschritte nur zögernd. Eine ernsthafte strategische Bewertung unserer Abhängigkeiten und die Konsequenzen für eine notwendigerweise langfristig angelegte Energiepolitik setzen sich nur langsam durch.

Die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien stehen auf der gedanklichen Stufe der Jahre 1973/74. Mehr als fünf Jahre wurden durch Untätigkeit und „Offenhalten von Optionen“ vergeudet.

Knapper als Öl ist die Zeit. Je länger die Bundesregierung in ihrer Entschlußlosigkeit verharrt, desto stärker wird

Heiner Geißler: Die Union hält einen klaren Kurs

Ungeachtet der notwendigen Bemühungen um Entspannung und Abrüstung sind angesichts der gegenwärtigen weltpolitischen Lage verstärkte Anstrengungen zur Verteidigung des Friedens in Freiheit und Sicherheit unverzichtbar. Die Union hat sich über den wahren Charakter sowjetischer Politik nie Illusionen hingegeben. Für die Union besteht kein Anlaß, die Prioritäten ihrer Politik zu verändern.

Neben unserem Beitrag für Frieden und Freiheit in der Welt stehen wir vor der Aufgabe,

- die Familie zu fördern und der Frau mehr Entfaltungschancen zu eröffnen,
- die Soziale Marktwirtschaft zu stärken, die Energieversorgung zu sichern, die Arbeitslosigkeit zu verringern und den Generationenvertrag zu erhalten,
- die Staatsfinanzen wieder in Ordnung zu bringen sowie
- unsere Gesellschaft menschlicher und unsere Umwelt lebenswerter zu gestalten.

Nur in der gemeinsamen Erfüllung dieser Aufgaben wird unser Land die Zukunft meistern.

Deshalb brauchen wir den Mut, in den Ausgaben des Staates Prioritäten zu setzen, alle Aufgaben, Ausgaben, Maßnahmen und Gesetze auf ihre Notwendigkeit, Vertretbarkeit und rationelle Durchführung zu überprüfen und auf Ausgaben zu verzichten, die nicht unbedingt erforderlich sind.

der strategische Zeitdruck, unter dem künftige Handlungen stehen und stehen müssen. Bereits in der Debatte zum Jahreswirtschaftsbericht 1975 habe ich auf diese Gefahr hingewiesen und Lücken und Versäumnisse vor und nach der Verabschiedung des Energieprogramms 1973 aufgezeigt. Aber erst jetzt scheint die Bundesregierung — wie auch interne Papiere zeigen — zu einer realistischen Analyse bereit zu sein. Die Konsequenzen daraus sind jedoch dürftig. Plangemäße Verwirklichung unterstellt, wird der Beitrag der Kohleveredelung auf deutschem Boden in zehn Jahren noch nicht einmal 5 % betragen. Ein Staat, der 17 Jahre nach dem ersten Ölnfarkt nicht in der Lage ist, wesentliche Teile seiner Versorgung — obwohl

er alle Technologien hat — selbst zu übernehmen, gibt sich auf. Die von der Bundesregierung in den letzten Jahren gezeigte Gemächlichkeit ist verhängnisvoll für die Versorgung unserer Bürger und unserer Wirtschaft mit Energie.

39 linke SPD-Mitglieder in Duderstadt ausgetreten

In der niedersächsischen SPD ist es jetzt zum Austritt von 39 linken Mitgliedern des bisher 259 Mitglieder zählenden Ortsvereins Duderstadt gekommen. Ende Januar hatten schon der ehemalige Landtagsabgeordnete Hermann Hildebrand sowie dessen Frau und Tochter in Aurich ihren Austritt aus der SPD erklärt.

■ PARAGRAPH 218

Bundesregierung erkennt die Probleme nicht

Zum Bericht der Kommission zur Auswertung der Erfahrungen mit dem reformierten § 218 StGB und der Stellungnahme der Bundesregierung stellt der Vorsitzende des Arbeitskreises IV — Sozial- und Gesellschaftspolitik — der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, MdB Heinz Franke, folgendes fest:

Der sehr umfangreiche Bericht der Sachverständigenkommission bedarf einer sorgfältigen Analyse. Er befaßt sich u. a. mit den sozialen Hilfen in Schwangerschaftskonfliktsituationen als wichtige Voraussetzung zur Annahme ungeborenen Lebens und einer Fülle verbesserter Maßnahmen für den notwendigen Ausbau der Familienförderung generell. Der Bericht bestätigt damit insoweit weitgehend die Politik der CDU/CSU, die im Rahmen ihrer Möglichkeiten stets für eine umfassende Sozialberatung über soziale Hilfen in Schwangerschaftskonfliktsituationen und umfassende Hilfsangebote eingetreten ist.

Enttäuschend ist die Stellungnahme der Bundesregierung. Sie kommt teilweise zu Schlußfolgerungen, die offensichtlich darauf gestützt sind, daß u. a. auch in Fällen der Notlagenindikation ein Rechtsanspruch auf Schwangerschaftsabbruch gegeben ist. Sonst wäre es nicht verständlich, wie die Bundesregierung zu dem Standpunkt kommen kann, daß das im Gesetz geregelte Wei-

gerungsrecht für Einzelpersonen, Ärzte und Krankenschwestern, aber auch für private und kirchliche Träger von Krankenhäusern *nicht* für Länder und Gemeinden hinsichtlich ihrer Krankenhäuser gelten könne.

Es muß den Trägern der Verantwortung in untergeordneten Gebietskörperschaften erlaubt bleiben, in ihren Einrichtungen Schwangerschaftsabbrüche im Rahmen der „Notlagenindikation“ zu verweigern.

Die Bundesregierung bleibt nach wie vor bei ihrer Verharmlosung der Entwicklung der Zahl der Schwangerschaftsabbrüche. Sie will offensichtlich nicht zur Kenntnis nehmen, daß es wesentlich mehr Schwangerschaftsabbrüche gibt, als gemeldet werden. Sie zieht nach wie vor keine Konsequenzen daraus, daß die Versicherten in der sozialen Krankenversicherung sich mit vielen Millionen DM jährlich an der Finanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen beteiligen müssen, für die eine medizinische Indikation nicht vorliegt.

Insgesamt wird aus der Stellungnahme erneut die Grundtendenz deutlich, die positiven familienfördernden Maßnahmen wie auch die besonderen Hilfen in Schwangerschaftskonfliktsituationen für weniger wichtig zu erachten als die Sicherstellung eines lückenlosen Angebots für Abtreibungen.

CDU und CSU werden weiter mit Entschiedenheit dafür eintreten, daß der Schutz des ungeborenen Lebens und die Förderung der Familie zu einer gesellschaftspolitischen Schwerpunktaufgabe werden. Wo CDU und CSU auf Länder- und kommunaler Ebene Verantwortung tragen, haben sie dies durch eine Fülle praktischer Hilfen bereits bewiesen.

■ KOALITION

Rau beleidigte Strauß und Bayern

Scharf hat das nordrhein-westfälische CDU-Präsidium auf die Behauptung von Ministerpräsident Rau (SPD) reagiert, der bayerische Ministerpräsident Strauß stehe einer demokratischen CDU im Wege. Rau hatte diese Äußerung auf dem SPD-Landesparteitag in Bochum getan. Rau habe, so die CDU, nicht nur eine große Mehrheit der bayerischen Bevölkerung beleidigt, die Strauß zum Regierungschef gewählt hätten, sondern auch seinen Amtskollegen diffamiert. Zugleich habe Rau die Kräfte gerechtfertigt, die durch Störung von Wahlveranstaltungen die Ausübung eines demokratischen Grundrechts verhindert haben.

SPD-Bildungspolitik hat versagt

Eine „qualitative“ Verbesserung des Geschichtsunterrichts an den nordrhein-westfälischen Schulen hat der Landesvorsitzende der CDU Rheinland und Oppositionsführer im nordrhein-westfälischen Landtag, Heinrich Köppler, gefordert. Köppler erklärte, wem jahrelang statt Geschichte „Gesellschaftslehre“ unter Betonung der „friedensliebenden Rolle“ sozialistischer Systeme „vorgegaukelt“ worden sei, dem müsse der sowjetische Überfall auf Afghanistan wie ein „Ereignis von einem anderen Stern“ vorkommen. Die Verunsicherung, die er in den letzten Wochen in zahlreichen Gesprächen mit jungen Menschen festgestellt habe, sei „eines der traurigsten Ergebnisse der Bildungspolitik des SPD-Ministers Gir-

gensohn“, meinte der CDU-Politiker. Daß junge Menschen heute vielfach nicht wüßten, was 1963 in Prag, 1956 in Budapest und 1953 in Ost-Berlin und der DDR geschah, sei ein „trauriges Zeugnis für die nordrhein-westfälische Lehrplangestaltung“. Auch wenn es nicht in die Denkschemata mancher Ideologen passe, gehöre in „jeden ordentlichen Geschichtsunterricht die Information, daß der Sowjetimperialismus keineswegs eine Reaktion auf den Hitler-Faschismus sei, sondern sich bereits 1938—1940 im Zusammenspiel mit Nazi-Deutschland bei der Besetzung des Baltikums und Ostpolens offenbart habe“, erklärte Köppler.

CDU warnt vor DKP-Lehrer

Hamburgs Oppositionsführer Jürgen Echternach (CDU) hat den Senat und die SPD-Mehrheit im Beamtenernennungsausschuß gewarnt, den Lehrer und DKP-Funktionär Thomas Erdner zum Beamten auf Lebenszeit zu ernennen. Es sei in hohem Maße verantwortungslos, wenn die SPD die Berufung dieses militanten Kommunisten durchsetzen würde. Der Senat war bisher davon ausgegangen, daß die Mitgliedschaft in einer extremen Partei allein nicht der Berufung Erdners im Wege stehe.

Liberaler Thesen der FDP zur Schwächung des Staates

Zu den von der FDP vorgelegten „Liberalen Thesen zur Stärkung des freiheitlichen Rechtsstaates“ erklärte der Vorsitzende des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen, Friedrich Vogel, MdB: Mit ihren Thesen habe die FDP die Vorfahrtszeichen für Vernunft endgültig auf Rot geschaltet. Es sei jedenfalls dem mündigen Bürger nicht verständlich, wie der freiheitliche

Rechtsstaat durch eine weitgehende Rückgängigmachung der Anti-Terrorgesetze, durch einen im Ergebnis leichteren Zugang von Radikalen zum öffentlichen Dienst und durch eine Abschaffung der lebenslangen Freiheitsstrafe gestärkt werden solle. Diese Vorhaben — soweit sie nicht ohnehin der Verfassung zuwiderlaufen — dürften eher eine Schwächung des freiheitlichen Rechtsstaates bewirken.

Nach wie vor an Unis: Volksfrontkoalitionen

Nach wie vor koalieren Jungsozialisten und Jungdemokraten an den Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland lieber mit dem DKP-frommen Spartakus als mit dem Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS). Gleichwohl wäre an den meisten Hochschulen eine Mehrheit der studentischen Vertreter möglich, die den demokratischen, im Bundestag vertretenen Parteien nahe stehen. Aus diesem Grunde brachte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine Kleine Anfrage im Deutschen Bundestag zur politischen Situation an den Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland ein. Damit soll geklärt werden, an welchen Hochschulen sogenannte Volksfrontkoalitionen, also gemeinsame Studentenregierungen von Kommunisten mit „sozialdemokratischen“ oder „freidemokratischen“ Studenten, existieren. Die Bundesregierung wird befragt, welche politische Bewertung sie gegenüber solchen Volksfrontbündnissen vornimmt.

Jusos wollen DDR völkerrechtlich anerkennen

Die völkerrechtliche Anerkennung der Staatsgrenze und der Staatsbürgerschaft der DDR haben die baden-württembergischen Jungsozialisten in Frei-

burg auf ihrer Landesdelegiertenkonferenz gefordert. Gleichzeitig sprachen sich die Delegierten nach kontroversen Diskussionen in einem Antrag dafür aus, anstelle des „Tags der deutschen Einheit“ am 17. Juni den 8. Mai als „Tag der Befreiung vom Hitler-Faschismus“ zu begehen. Der Antrag wurde bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen verabschiedet. In der Diskussion wurde zum Ausdruck gebracht, mit der Forderung verbinde sich nicht, daß das DDR-Regime von den Jungsozialisten gutgeheißen werde.

SPD: Irrtümer, Rechenfehler und Fehlschlüsse Eplers

Zwei prominente Sozialdemokraten scheinen — derzeit Ministerpräsident Späths beste Wahlhelfer gegen den SPD-Oppositionsführer Erhard Eppler im baden-württembergischen Landtagswahlkampf zu sein. Ministerialdirigent Dr. Joachim Grawe, ranghöchstes SPD-Mitglied in der baden-württembergischen Landesverwaltung unter Wirtschaftsminister Eberle, hat die energiepolitischen Alternativthesen Eplers bereits mehrfach kritisiert. Ein baden-württembergischer SPD-Genosse in Bonner Ministerwürden, Forschungsminister Volker Hauff, hat jetzt einen engagierten Verriß des Eppler-Konzepts aus der Feder Grawes in seiner offiziellen Informationsbroschüre „Energiediskussion“ veröffentlicht. Bereits auf Seite 1 der Informationsschrift heißt es: „Irrtümer in der Rechnung des SPD-Politikers.“ In dem Artikel werden mit beweiskräftigen Argumenten Eppler Rechenfehler, ökologische Fehleinschätzungen, unsinnige Forderungen, Nichtbeachtung von Fakten, Unstimmigkeiten, nicht realisierbare Zielprojektionen und unkritische Wunschvorstellungen angelastet.

■ OLYMPISCHE SPIELE

Olympia ist wichtig, aber wichtiger sind Frieden und Freiheit

Der Präsidiumsbeschluß der CDU, nicht an den Olympischen Spielen in Moskau teilzunehmen, hat heiße Diskussionen ausgelöst. Der Widerhall dieses Themas in der Partei und in der Bevölkerung zeigt sich unter anderem darin, daß das Flugblatt der CDU zu diesem Thema reißenden Absatz gefunden hat.

Wie eine Umfrage der CDU-Bundesgeschäftsstelle bei Kreisverbänden ergeben hat, ist das Flugblatt innerhalb von zehn Tagen von freiwilligen Helfern in 1 661 060 Exemplaren in Sonderaktionen vor Werkstören, an Informationsständen und durch Hauswurfsendungen verteilt worden.

Wir verbreiten jedoch nicht nur unsere Meinung. Wir diskutieren auch mit den Betroffenen. Am 30. Januar trafen sich in Bonn Spitzensportler aus dem Arbeitskreis Leistungssport der CDU und Mitglieder des Bundesfachausschusses Sport der CDU mit Generalsekretär Heiner Geißler zu einem intensiven Meinungsaustausch.

Die Diskussionen um Für und Wider einer Teilnahme an den Olympischen Spielen wird auch in den nächsten Wochen fortgeführt werden. Dabei ist es wichtig, daß den Sportlern und Vertretern der Sportverbände und Sportvereine nicht nur auf Bundes- und Landesebene, sondern vor allem auf Kreisebe-

ne unsere Haltung deutlich gemacht wird. Die Gliederungen der Partei sind deshalb aufgerufen, das Gespräch mit den Betroffenen zu suchen und dabei unsere Argumente zu verdeutlichen.

Die CDU ist für die Olympischen Spiele. Der Präsidiumsbeschluß der CDU ist vielfach als „Boykottaufruf der Olympischen Spiele“ durch die CDU interpretiert worden. Das entspricht nicht den Tatsachen und beruht auf einem Mißverständnis. Die CDU hat sich nachweisbar immer wieder für die Förderung des Spitzensports und der einzelnen Sportler eingesetzt. Nichts wäre wünschenswerter, als daß unsere jungen Sportler bei der Olympiade im Juli sich im fairen Wettstreit mit Jugendlichen aus aller Welt messen und sich den verdienten Lohn für ihre harte Vorbereitungszeit holen könnten.

Die einzige Frage, um die es geht, ist die, ob nach der Aggression gegen Afghanistan die Olympischen Spiele in Moskau stattfinden können.

Dazu erklärte das Präsidium der CDU am 21. Januar: „Solange sowjetische Truppen Afghanistan in ihrer Hand halten, ist der Friede in der Welt bedroht. Eine Teilnahme an den Olympischen Spielen in Moskau würde dem Geist der olympischen Idee widersprechen.“ Die Sowjetunion selbst hat als Motto für die Spiele 1980 „Olympia des Friedens“ gewählt. Angesichts der sowjetischen Po-

litik des kalten und heißen Krieges ist dies eine Verhöhnung des Friedens.

Was soll z. B. ein 16jähriges Mitglied eines Turnvereins eigentlich denken, wenn es im Juli die deutsche Nationalmannschaft in Moskau grüßend an der Sowjetführung vorbeimarschieren sieht und fünf Minuten später im deutschen Fernsehen gezeigt wird, wie in Kabul sowjetische Panzer gleichaltrige junge Leute zusammenschießen?

Politische und moralische Mittel einsetzen

Der Generalsekretär der CDU, der diese Argumente kürzlich in der Fernsehsendung „Pro und Contra“ vertrat, meinte zu Recht, daß das etwas mit Moral zu tun habe. Und Geißler führte weiter aus, daß der freie Westen — wenn er auf militärische Mittel verzichten will — politische und moralische Mittel einsetzen muß. Solche Mittel sind wirtschaftliche Sanktionen und auch der Verzicht auf die Teilnahme an den Olympischen Spielen.

Die CDU will auf keinen Fall, daß die Gegenmaßnahmen des Westens nur auf dem Rücken der Sportler ausgetragen werden. Es ist deshalb gerechtfertigt, wenn Wirtschaft, Handel, Technologie und weitere Bereiche in die Überlegungen zu Maßnahmen gegen die Sowjetunion einbezogen werden.

Die Geschichte hat gezeigt, daß durch die Olympiade 1936 das Hitler-Regime weltweit aufgewertet und kritische Stimmen im eigenen Land dadurch mundtot gemacht wurden. 1936 kamen 4 269 Athleten aus 52 Nationen nach Berlin. Wenn die Olympischen Spiele 1939 stattgefunden hätten nach der „Reichskristallnacht“ und nach Hitlers Einmarsch in die Tschechoslowakei, wäre mit Sicherheit kein westliches

Land nach Berlin gegangen, es sei denn, es hätte seine Selbstachtung und seine demokratische Würde preisgegeben. In dieser Situation befinden wir uns heute.

Weder der amerikanische Präsident noch die CDU/CSU sind gegen die Olympischen Spiele. Die Sowjetunion selbst hat sie durch ihre Politik in Frage gestellt. Es liegt an ihr, die Voraussetzungen für die Teilnahme aller Nationen und für die „Olympiade des Friedens“ wiederherzustellen.

Sollte die Sowjetunion ihre Haltung nicht ändern, wird die CDU weiterhin den verantwortlichen Sportführern empfehlen, auf die Teilnahme einer deutschen Mannschaft zu verzichten. Die CDU weiß, daß ein solcher Verzicht ein großes Opfer für die Sportler und für Millionen Anhänger des Sports in unserem Lande bedeutet. Wer aber nicht bereit ist, sich wehrlos und willenlos der internationalen Aggression durch die Sowjetunion auszuliefern, der muß sich auch für entschlossene Gegenmaßnahmen entscheiden.

Den amerikanischen Präsidenten nicht im Stich lassen

Die CDU ist die Partei, die die deutsch-amerikanische Freundschaft begründet hat. Von dieser Freundschaft hängen Freiheit und Sicherheit von uns allen ab. Die CDU ist deshalb der Auffassung, daß sie in dieser angespannten Situation, in der die Vereinigten Staaten eine weltweite Verantwortung auch für unser Land tragen, den amerikanischen Präsidenten nicht im Stich lassen darf. Die klare Haltung der CDU, in dieser Frage die Solidarität zu unseren amerikanischen Verbündeten zu wahren, trifft auf Verständnis und positive Reaktionen in der Bevölkerung.

■ VERBANDSKLAGE

Souveränität der Parlamente darf nicht beeinträchtigt werden

Die Bundesregierung erwägt die Einführung einer Verbandsklage für Umweltschutzverbände und Naturschutzverbände. Diese Verbände könnten mit diesem neuen Rechtsmittel gegen Entwicklungsmaßnahmen, insbesondere im kommunalen Bereich, klagen. Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat bereits einen entsprechenden Entwurf vorbereitet, der gegenwärtig zur Anhörung in Bonn ansteht.

Die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU/CSU hat sich bereits mit Nachdruck gegen die Einführung einer solchen Verbandsklage gewandt. Ihr Vorsitzender, MdB Horst Waffenschmidt, hat als Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes in einem Gespräch bei Bundeskanzler Schmidt unter anderem folgendes ausgeführt:

Interessenverbände besitzen weder eine ausreichende demokratische, aus allgemeinen Wahlen hervorgegangene Legitimation, noch sind sie in der Lage, für ihr Handeln ein allgemeines politisches Mandat für das Allgemeinwohl zu tragen. Vielmehr vertreten sie nach Zielsetzung und Selbstverständnis Teilinteressen ihrer Mitglieder. Durch die Verbandsklage würde ihnen vom Gesetzgeber eine Monopolstellung als Anwälten des Gemeinwohls eingeräumt, die ihnen in keiner Weise zukommt.

Die Verbandsklage durchbricht das System unseres Verwaltungsrechtsschutzes, das immer eine Beeinträchtigung der individuellen Rechtsstellung des Klägers voraussetzt.

Die Verbandsklage könnte nicht auf einen Sachbereich beschränkt bleiben, sondern würde sehr schnell auf andere Gebiete des öffentlichen Lebens übergreifen und damit den ohnehin schon oftmals langwierigen politischen Entscheidungsprozeß weiter unabsehbar verzögern.

Mit dem Instrumentarium der Verbandsklage hat sich auch der Bundesfachausschuß Innenpolitik beschäftigt und bereits am 28. November 1977 folgenden Beschluß gefaßt:

Zur Beseitigung von Funktionsmängeln im politischen Bereich wird häufig eine weitergehende Beteiligung von Verbänden an verwaltungsgerichtlichen Verfahren vorgeschlagen (sog. „Verbandsklage“)! Ein solches Klagerecht käme auch Bürgerinitiativen zugute, die Verbandscharakter haben.

Unserem verwaltungsgerichtlichen Verfahren liegt das Prinzip zugrunde, daß ein Klagerecht nur dem unmittelbar Betroffenen zusteht. Im Recht gegen den unlauteren Wettbewerb sowie im Kartellrecht gibt es zwar Verbandsklagen. Diese richten sich aber gegen Störer der Wirtschafts- und Wettbewerbsordnung und schützen den Teilnehmer am

Wirtschaftsleben gegen wirtschaftliche Machtkonzentration oder Mißbrauchtum des Wettbewerbs. Sie sind deshalb mit der im Verwaltungsrecht geforderten Verbandsklage nicht vergleichbar, die darauf abzielt, von Parlamenten beschlossene Gesetze und Maßnahmen sowie Verwaltungsakte durch Verbände gerichtlich kontrollieren zu lassen.

In der Diskussion um die Einführung einer Verbandsklage werden im wesentlichen drei Modelle genannt:

1. Die „egoistische“ Verbandsklage aus abgeleitetem Recht.

Ziel einer derartigen Verbandsklage ist es, die individuellen Rechte der einzelnen klagebefugten Betroffenen aufgrund einer Abtretung oder Ermächtigung gebündelt von Verbänden wahrnehmen zu lassen.

2. Die kollektive „egoistische“ Verbandsklage.

Ziel dieser Klage ist es, den Verbänden ein eigenes, originäres Klagerecht zur Wahrnehmung von Interessen zu geben, die bisher als Einzelinteressen nicht eingeklagt werden können.

3. Die kollektive „altruistische“ Verbandsklage.

Danach sollen Verbände berechtigt sein, Verfassungs- und Gesetzesbestimmungen sowie Verwaltungshandeln mit Blickrichtung auf das Allgemeinwohl gerichtlich überprüfen zu lassen, ohne Rücksicht darauf, ob etwaige Betroffene eine solche Klärung wollen oder nicht.

Gegen die Einführung der genannten Modelle (insbesondere der Modelle 2. und 3.) sind schwerwiegende verfassungspolitische, rechtsstaatliche und prozeßrechtliche Bedenken zu erheben:

a) Die Gesamtlegitimation der Parlamente und Regierungen zur Wahrneh-

mung des öffentlichen Interesses wird in Frage gestellt. Es wird dabei der Anspruch erhoben, neben diesen Institutionen öffentliche (Gemeinwohl-)Interessen wahrzunehmen, ohne daß dafür eine verfassungsrechtliche Ermächtigung gegeben wäre.

b) Die Handlungsfähigkeit der Volksvertretungen und Verwaltungen wird beeinträchtigt, da die Verbandsklage zu einer unangemessenen Verlagerung der Entscheidungsverantwortung auf die Gerichte führt.

c) Die Verbandsklage führt aber auch zu einer Überforderung der Verwaltungsgerichtsbarkeit, die mit dem individuellen Rechtsschutz für den betroffenen Bürger voll ausgelastet ist. Die kollektiven Verbandsklagen sind mit dem gegenwärtigen, am individuellen Rechtsschutz ausgerichteten System der Verwaltungsgerichtsbarkeit unvereinbar.

d) Auch die sogenannte „altruistische“ Verbandsklage begünstigt in aller Regel organisierte Bevölkerungsgruppen zu Lasten des gesamten gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Interesses, z. B. an einer zukunftsgerechten Energieversorgung. Um eine einseitige Interessenberücksichtigung zu vermeiden, müßten alle gesellschaftlichen Gruppen an verwaltungsgerichtlichen Verfahren beteiligt werden. Damit würde ein neuer quasi parlamentarischer Entscheidungsprozeß geschaffen.

Die „altruistische“ Verbandsklage würde daher dazu führen, daß parlamentarische Grundsatzentscheidungen generell zur Disposition gestellt werden könnten. Damit würde aber die innere Souveränität unseres Staates geschwächt und eine zukunftsgerichtete Strukturpolitik erschwert.

■ BERUFSBILDUNGSBERICHT '80

Heilloses Durcheinander bei SPD und FDP

Die Gewerkschaften haben sich geweigert, dem gegenwärtig zur Beratung anstehenden Berufsbildungsbericht 1980 der Bundesregierung ihre Zustimmung zu geben. Das ist bezeichnend für die Gegensätze zwischen denen, die noch 1976 geglaubt haben, mit dem Ausbildungsplatzförderungsgesetz etwas zur Verbesserung der Berufsbildung in der Bundesrepublik geleistet zu haben.

Die damalige Prognose der CDU/CSU, daß dieses Gesetz außer Streit nichts Wesentliches bewirken wird, hat sich seitdem Jahr für Jahr bestätigt, erklärte der bildungspolitische Sprecher der CDU/CSU, Anton Pfeifer. Während einige in Bundesregierung, SPD, FDP und Gewerkschaften weiterhin die Berufsbildungsabgabe bei den auszubildenden Betrieben erheben wollen, wollen andere diese Abgabe ganz abschaffen, wieder andere wollen sie jetzt nicht erheben, aber weiter damit drohen, und wieder andere wollen die gesamte Finanzierung der Berufsbildung durch einen staatsdirigistischen Zwangsfonds vorschreiben.

Dieses heillose Durcheinander in SPD und FDP und dieser berufsbildungspolitische Zickzackkurs der Bundesregierung nutzt den Jugendlichen nichts, die einen guten Ausbildungsplatz in einem zukunftsorientierten Beruf suchen. Er verhindert höchstens neue Ausbil-

dungsplätze. Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft sollte sich lieber um dieses naheliegende, drängende Problem kümmern und bessere Ausbildungsplätze in der Wirtschaft fördern, statt ständig Wahlkampfreden über bildungspolitische Themen zu halten.

Im übrigen bestätigt die jüngste Entwicklung der Ausbildungsplatzsituation in der Bundesrepublik die Auffassung der CDU/CSU, daß das Instrument der Berufsbildungsabgabe nach dem Ausbildungsplatzförderungsgesetz untauglich und nutzlos ist. Die Ausbildungsbereitschaft des Handwerks, der Industrie, des Handels, der Verwaltungen und andere Organisationen hat auch im Jahr 1979 wieder wie in den letzten Jahren zugenommen und verdient Anerkennung. Die heutige Situation der Zahl der Ausbildungsplätze berechtigt zu einem verhaltenen Optimismus. Er wird durch die bisher vorliegenden Berichte der Bundesanstalt für Arbeit, der Landesarbeitsämter sowie der Kammern und Dachverbände der Wirtschaft bestätigt. Die Situation ist vor allem dadurch entspannt, daß Wirtschaft und Betriebe in den letzten Jahren sehr elastisch und ausbildungsbereit auf die steigende Nachfrage nach Berufsausbildungsplätzen reagiert haben — viel stärker, marktgerechter und wirkungsvoller als es die Politiker von SPD und FDP und die Bundesregierung vermutet und vorhergesagt haben.

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEMOHT BEZAHLT

■ TERMINE

11. 2. **CDU — Bund, Präsidium, Bonn**
12. 2. **LV Hamburg, Landesvorstand**
13. 2. **CDU — Bund, Besprechung der Geschäftsführer der Vereinigungen, Bonn**
16. 2. **LV Schleswig-Holstein, Frauenvereinigung, Delegiertentag, Itzehoe**
16./17. 2. **JU Schleswig-Holstein, Landestag, Büsum**
18. 2. **LV Berlin, Landesvorstand mit MdBs, Berlin**
21./22. 2. **CDU — Bund, Bauernkongreß, Oldenburg**
21./22. 2. **KPV d. CDU/CSU — Bund, Bundesvorstand und Hauptausschuß, Stuttgart**
22. 2. **JU Niedersachsen, Niedersachsenrat, Wittmund**
22. 2. **LV Westfalen-Lippe, Landesvorstand, Dortmund**
22. 2. **Union der Vertriebenen und Flüchtlinge — Bund, Vorstand, Mannheim**
22./23. 2. **Union der Vertriebenen und Flüchtlinge — Bund, Deutschland-politischer Kongreß, Mannheim**
22./23. 2. **LV Rheinland-Pfalz, Sozialausschüsse, Landesausschuß, Bad Kreuznach**
23. 2. **LV Schleswig-Holstein, Landesvorstand, Kleß**
23. 2. **CDU NRW, Gemeinsame Vertreterversammlung NRW zur Aufstellung der Reserveliste für die Landtagswahl, Essen**
23. 2. **LV Braunschweig, Geschäftsführender Vorstand und Vorstände der Vereinigungen, Braunschweig**
23. 2. **LV Hamburg, Landesparteitag mit Wahl des Vorstandes**
23./24. 2. **JU Niedersachsen, Niedersachsentag, Wittmund**
24. 2. **JU Saar, Landestag**
25. 2. **CDU — Bund, Bundesvorstand**
25. 2. **LV Hamburg, Konstituierende Sitzung des Landesvorstandes**
27. 2. **CDU — Bund, Sozialausschüsse, Landessozialsekretärskonferenz**
27. 2. **LV Westfalen-Lippe, Kreisgeschäftsführertagung, Dortmund**
27. 2. **LV Bremen, Frauenvereinigung, Delegiertentag, Bremen**
29. 2. **LV Hessen, Landesvorstand, Fernwald**
29. 2. **LV Hessen, Kreisgeschäftsführertagung**
29. 2. **LV Westfalen-Lippe, Mittelstandsvereinigung, Geschäftsführender Landesvorstand, Münster**
29. 2. **CDU — Bund, Frauenvereinigung, AK „Medien“, Bonn**

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Tel. (0 22 21) 54 41. **Verlag:** Unions Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Tel. (0 22 21) 22 10 81. **Vertrieb:** Tel. (0 22 21) 5 44 - 3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lüthje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. **Abonnementspreis** jährlich 40,- DM. Einzelpreis 1,- DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

Ud